

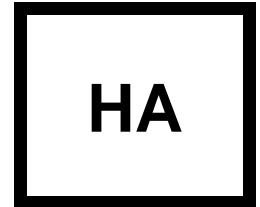
Niederschrift

über die Sitzung des **Hauptausschusses**
Sitzungskennziffer: XVI / 23
Tag der Sitzung: Dienstag, 21.06.2011

Sitzung Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 18:00 Uhr bis 20.45 Uhr
Unterbrechungen: keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler
Schriftführerin: Edith Janus-Braun



Tagesordnung:

- a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Gatzweiler stellt fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist.

- b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Bürgermeister Gatzweiler stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

- c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Herr Bürgermeister Gatzweiler bittet, die Tagesordnung im **A) öffentlichen Sitzungsteil** um die mit der 1. und 2. geänderten Einladung zugegangenen Tagesordnungspunkte 2. g) "Bürgerhaushalt" und h) "Eröffnungsbilanz" als separate Punkte 6. und 7. auf die Tagesordnung zu setzen:

6. Bürgerhaushalt
7. Eröffnungsbilanz

Der bisherige TOP A) 6. wird hierdurch A)

8. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

Des Weiteren zieht er im **B) nichtöffentlichen Sitzungsteil** die Vorlage zu TOP

1. Verkauf eines Baugrundstückes im Gebiet B-Plan 147, Duffenter Straße

zurück.

Weitere Änderungen bzw. Ergänzungen wurden nicht gewünscht, so dass die Tagesordnung einmütig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde der Einwohner (längstens 30 Minuten)
2. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
 - a) Antrag der SPD-Fraktion vom 01.04.2011;
hier: Frühe Hilfen und gesundes Aufwachsen in Stolberg
 - b) Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2011;
hier: Aufnahme der oberen Feldstraße in Straßenverzeichnis für Straßenreinigung
 - c) Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2011;
hier: Anordnung beidseitig eingeschränktes Halteverbot in der Straße Pützweg
 - d) Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2011;
hier: Weiterreichung von Daten zur Erarbeitung eines nachbarschaftlichen Seniorenselbsthilfesystem
 - e) Antrag der CDU-Fraktion vom 23.05.2011;
hier: Erstellung Projektbericht und Beantwortung von Fragen zur Thematik "Soziale Stadt Velau"
 - f) Antrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2011;
hier: Erstellung Gesamtverkehrsplanung der Städte Stolberg und Eschweiler unter Beteiligung der StädteRegion Aachen
3. Bestellung der Vertreter der Stadt Stolberg in wirtschaftlichen Unternehmen und anderen juristischen Personen;
hier: Diverse Umbesetzungen
4. Verträge zur Nutzung von städtischen Dächern für die Installation und den Betrieb von Photovoltaikanlagen
5. Dringliche Entscheidung durch den Hauptausschuss;
hier: Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2011
6. Bürgerhaushalt
7. Eröffnungsbilanz
8. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Verkauf eines Baugrundstückes im Gebiet B-Plan 147, Duffenter Straße
Zurückgezogen
 2. Verkauf von gewerblichen Erweiterungsflächen im Bereich des B 35, 6. Änderung
 3. Verkauf eines Baugrundstückes im Gebiet B-Plan 148 "Teichstraße"
 4. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde der Einwohner (längstens 30 Minuten)

Es wurden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

2. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:

- a) Antrag der SPD-Fraktion vom 01.04.2011;
hier: Frühe Hilfen und gesundes Aufwachsen in Stolberg

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 01.04.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- b) Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2011;
hier: Aufnahme der oberen Feldstraße in Straßenverzeichnis für Straßenreinigung

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- c) Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2011;
hier: Anordnung beidseitig eingeschränktes Halteverbot in der Straße Pützweg

Für die FDP-Fraktion bittet RM Conrads, über die beantragten Maßnahmen hinaus, die Möglichkeit des alternierenden Parkens zu untersuchen. Im Ausschuss besteht Einigkeit, diesen Aspekt in den Antrag einfließen zu lassen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- d) Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2011;
hier: Weiterreichung von Daten zur Erarbeitung eines nachbarschaftlichen
Seniorenselbsthilfesystem

Auf Bitte von RM Dr. Grüttemeier, CDU, erläutert Ratsfrau Nießen, dass die SPD-Fraktion informelle Gespräche mit der Universität und dem zuständigen Fachbereichsleiter geführt habe. Selbstverständlich sei die konkrete Ausgestaltung und die Prüfung der finanziellen Machbarkeit Sache des Bürgermeisters. Ihrer Fraktion sei der Anstoß und die Inanspruchnahme des Angebotes der Studierenden wichtig.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- e) Antrag der CDU-Fraktion vom 23.05.2011;
hier: Erstellung Projektbericht und Beantwortung von Fragen zur Thematik
"Soziale Stadt Velau"

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der CDU-Fraktion vom 23.05.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- f) Antrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2011;
hier: Erstellung Gesamtverkehrsplanung der Städte Stolberg und Eschweiler
unter Beteiligung der StädteRegion Aachen

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

3. Bestellung der Vertreter der Stadt Stolberg in wirtschaftlichen Unternehmen und
anderen juristischen Personen;
hier: Diverse Umbesetzungen

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, folgende Umbesetzungen in den unten aufgeführten Gremien vorzunehmen:

**Gesellschafterversammlung Zentrum für industrieorientierende Dienstleistungen
(DLZ) Stolberg:**

Anstelle der ausgeschiedenen Ratsfrau Andrea Liepertz wird Herr Arndt Kohn, Stockemer Straße 38, 52223 Stolberg als originäres Mitglied in die Gesellschafterversammlung des DLZ bestellt.

Anstelle von Frau Andrea Liepertz wird Herr Kohn als stellvertretender Stimmführer bestellt.

Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur:

Anstelle des in die Freizeitphase der Altersteilzeit eingetretenen ehemaligen Fachbereichsleiters 2, Herrn Josef Braun, wird nunmehr dessen Nachfolger, Herr Bernd Kistermann, als originäres Mitglied in die Verbandsversammlung des

Wasserverbandes Eifel-Rur bestellt.

Anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitgliedes Herrn Heinrich Willms wird Frau Uschi Küpper, Steinweg 29, 52222 Stolberg als originäres Mitglied in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur bestellt.

Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat im Zweckverband RegioEntsorgung:

Anstelle des in die Freizeitphase der Altersteilzeit eingetretenen ehemaligen Fachbereichsleiters 2, Herrn Josef Braun, wird nunmehr der Leiter Fachbereich 1, Herr Andreas Pickhardt, als Stellvertreter von Herrn BM Gatzweiler in den regionalen Abfallbeirat im Zweckverband der RegioEntsorgung bestellt.

Anstelle von Frau Janina Wilhelmy wird Frau Uschi Küpper, Steinweg 29, 52222 Stolberg als originäres Mitglied in den regionalen Abfallbeirat bestellt. Als deren Stellvertreter wird Herr Mario Wissel, Auf der Liester 21, 52223 Stolberg bestellt.

4. Verträge zur Nutzung von städtischen Dächern für die Installation und den Betrieb von Photovoltaikanlagen

Ratsfrau Nießen unterstützt für die SPD-Fraktion die Ausführungen von CDU und Grünen in der hiesigen Lokalpresse - Anlage 2) zur Niederschrift -. Auch ihre Fraktion habe sich von der Verwaltungsvorlage mehr erhofft und trage den Beschlussvorschlag daher nicht mit. Sie verdeutlicht, dass für den erfolgreichen Atomausstieg ein breiter Konsens auf Bundes-, Landes-, überörtlicher und kommunaler Ebene zwingend erforderlich sei. Darüber hinaus gelte es für die Kommunen, die heimische Bevölkerung und Wirtschaft ins Boot zu holen und weitere Impulse zum Einstieg in regenerative Energien aufzuzeigen und Investitionen anzustoßen. Die SPD-Fraktion wolle daher nicht nur über die Thematik Photovoltaik sprechen, sondern Stolberg grundsätzlich auf dem Feld der regenerativen Energien breiter aufgestellt wissen. Dem Thema "regenerative Energien" müsse daher in Stolberg grundsätzliche Bedeutung zukommen. Vor diesem Hintergrund müsse die Verwaltung ihre Vorlage überarbeiten.

Sie beantragt, den Antrag von CDU und Grünen um folgende Punkte zu ergänzen:

- 4) Die Verwaltung wird aufgefordert, die bereits angedachten oder angelassenen Aktivitäten anderer Kommunen in der StädteRegion Aachen und in den Nachbarkreisen Düren und Heinsberg aufzuzeigen.
- 5) Die Suche nach geeigneten Photovoltaikflächen ist auch auf Freiflächen auszudehnen.

Die Grünenfraktionsvorsitzende Küpper trägt den gemeinsamen Antrag von CDU und Grünen wie nachstehend vor:

"Der Hauptausschuss beschließt:

- 1) Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wegen sachlich-fachlicher Mängel und zahlreicher Unzulänglichkeiten in seiner Begründung zurückgewiesen.
- 2) Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, innerhalb von 4 Wochen **alle** geeigneten Dächer und Flächen im Eigentum der Stadt Stolberg in die entsprechende Solardachbörse einzustellen.
Als "nicht geeignet" sollen dabei nur solche Dächer gelten, bei denen derzeit eine als notwendig erkannte Reparaturbedürftigkeit vorliegt oder eine offensichtliche Verschattungssituation gegeben ist.
- 3) Die Verwaltung gestaltet die Eintragungen in die Solardachbörse detaillierter als

bisher und weist in der Börse darauf hin, dass die Verträge zwischen Pächtern und Eigentümern nur auf der Basis des Mustervertrages des Städte- und Gemeindebundes abgeschlossen werden.”

Sie begründet den Antrag wie folgt:

“Der Mustervertrag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes stellt sicher, dass der Pächter auf seine Kosten die Statik des entsprechenden Daches hinsichtlich der Mehrbelastung überprüfen lassen muss (§ 3 Abs. 1). Er stellt auch sicher, dass der Pächter für alle im Zusammenhang mit Bau und Betrieb der Photovoltaikanlage entstehenden Schäden haftet. Er wird bei Vertragsabschluss zu einer Sicherheitsleistung verpflichtet (§ 9 Abs. 1). Es muss eine entsprechende Haftpflichtversicherung seitens des Betreibers/Eigentümers abgeschlossen werden.

Damit sind die von der Verwaltung geäußerten Bedenken und die daraus gezogenen Schlüsse absolut unbegründet.”

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Grüttemeier teilt die bislang in der Diskussion aufgezeigten Kritikpunkte und unterstützt den Antrag von Grünen und CDU erweitert um den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion. Aufgrund der vom Städte- und Gemeindebund getroffenen Regelungen im Mustervertrag könne er die von der Verwaltung aufgezeigte Problemstellung “Zeit- und arbeitskraftraubende Kleinarbeit” allerdings nicht nachvollziehen. Letztendlich stehe in der heutigen Vorlage das Gleiche wie in der aus August 2010.

Von Seiten der Verwaltung unterstützt I. Beig. Dr. Zimdars die Aussagen von Ratsfrau Nießen. Er informiert den Hauptausschuss, dass die Verwaltung sich bereits bei Nachbarkommunen erkundigt habe. Die Städte Eschweiler, Würselen und Herzogenrath hätten bislang jeweils fünf Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften installiert. Hauptproblemstellung für die Verwaltung sei der Ratsbeschluss vom 31.08.2010, wonach der Investor die Kosten der Statik zu tragen habe. Wie in der Vorlage aufgezeigt, hätten sich zwar 19 Interessenten gemeldet. Diese hätten aber kein Interesse daran gehabt, Investitionen in Zeit und Geld zu tätigen, um hinterher den Auftrag zur Errichtung der Photovoltaikanlage nicht zu erhalten. Aus Verwaltungssicht sei - wie damals bereits dargestellt - eine Änderung der Bedingung dergestalt erforderlich, dass der Interessent die kostenträchtigen statischen Untersuchung ohne Sicherheit zahlen müsse ohne auch die Investition tätigen zu können. Der Leiter des Liegenschaftsamtes, Herr Ehring, ergänzt, dass sich alle Interessenten mit dem Mustervertrag schwer täten. Das hiesige Hochbauamt habe ihm 2 dicke Ordner mit ersten Bewertungen zukommen lassen. Hieraus habe er die für den Markt interessanten Objekte (über 300 m² Fläche mit entsprechender Dachausrichtung -Südausrichtung / Schrägdach) ausgewählt.

Im Hinblick auf die Statik erkundigt sich Ratsfrau Zakowski, wie dies in anderen Städten der StädteRegion gehandhabt werde.

Für RM Conrads, FDP, stellen die von der Verwaltung geschilderten Problemstellungen keine Erklärung dafür dar, wieso in acht Monaten lediglich vier städtische Objekte in die Solarbörse eingestellt wurden. Er fragt, ob sich die Rahmenbedingungen durch Sättigung des Marktes oder angedachter Reduzierung der Einspeisevergütung verschlechtert hätten. Vor diesem Hintergrund warne er davor, Luftschlösser zu bauen, um in einem Jahr festzustellen, dass man nicht weiter komme. Auch er plädiere dafür, andere alternative Energieformen in die Prüfung einfließen zu lassen.

Dr. Zimdars erwidert nochmals, dass die weitere Berechnung von Flächen und die Dateneinstellung in das Internet keinen Sinn mache, da alle Interessenten unter den

vom HA festgelegten Bedingungen nicht zu kostenaufwändigen statischen Untersuchungen usw. bereit seien. Der HA müsse diese Hürde erst beseitigen.

In direkter Erwiderung auf die Äußerungen von Dr. Zimdars stellt Ratsfrau Nießen für die SPD-Fraktion heraus, dass das Hindernis, die Kosten für Statik bei Interesse für ein Objekt vom Interessenten tragen zu lassen, arbeitsmarktpolitische und wirtschaftliche Gründe gehabt habe. Es müsse allerdings sichergestellt sein, dass der Aufwand für die Statik mit einem anderen Auftragnehmer als dem der die Statik erstellt habe, gegengerechnet werde. Diese Vorgehensweise sei für sie selbstverständlich.

Zum Abschluss der Diskussion zeigt sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf ebenfalls von der aus seiner Sicht wenig konstruktiven Verwaltungsvorlage enttäuscht. Aus dem Blickwinkel des Rates sei es originäre Aufgabe der Verwaltung, alternative und konstruktive Vorschläge zu unterbreiten, wenn Ratsbeschlüsse aus formalen oder im Detail undurchführbaren Gründen nicht umgesetzt werden könnten. Bei der heutigen Vorlage handele es sich leider nur um eine Zustandsbeschreibung. Er appelliere daher an ein vernünftiges und aufgabenbezogenes Rollenverständnis.

Für Bürgermeister Gatzweiler hat das aufgezeigte "Misstrauen" des Rates in die Verwaltung Tradition. In diesem Zusammenhang erinnere er daran, dass der Rat Bestandteil der Verwaltung sei. Das Thema sei ihm jedoch sehr wichtig, und die Diskussion habe ihm deutlich aufgezeigt, dass die Kommunikationsebene zu lang sei. Er rege daher die Erweiterung der vorgetragenen Anträge um Punkt 6) *Aufleben der Arbeitsgruppe "Energie"* unter Leitung von Herrn Kistermann, FB 2, an.

Nachrichtlich:

Die Arbeitsgruppe Energie tagt voraussichtlich am 07.07.2011.

Alsdann steigt er in die Beschlussfassung [Antrag CDU und B'90/Grüne zu Pkt. 1) bis 3), Antrag der SPD zu Pkt. 4) und 5), Vorschlag der Verwaltung zu Pkt. 6)] ein:

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

- 1) Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wegen sachlich-fachlicher Mängel und zahlreicher Unzulänglichkeiten in seiner Begründung zurückgewiesen.**
- 2) Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, innerhalb von 4 Wochen alle geeigneten Dächer und Flächen im Eigentum der Stadt Stolberg in die entsprechende Solardachbörse einzustellen.
Als "nicht geeignet" sollen dabei nur solche Dächer gelten, bei denen derzeit eine als notwendig erkannte Reparaturbedürftigkeit vorliegt oder eine offensichtliche Verschattungssituation gegeben ist.**
- 3) Die Verwaltung gestaltet die Eintragungen in die Solardachbörse detaillierter als bisher und weist in der Börse darauf hin, dass die Verträge zwischen Pächtern und Eigentümern nur auf der Basis des Mustervertrages des Städte- und Gemeindebundes abgeschlossen werden.**
- 4) Die Verwaltung wird aufgefordert, die bereits angedachten oder angelaassenen Aktivitäten anderer Kommunen in der StädteRegion Aachen und in den Nachbarkreisen Düren und Heinsberg aufzuzeigen.**
- 5) Die Suche nach geeigneten Photovoltaikflächen ist auch auf Freiflächen auszudehnen.**
- 6) Aufleben der Arbeitsgruppe "Energie" unter Leitung von Herrn Kistermann, FB 2.**
- 5. Dringliche Entscheidung durch den Hauptausschuss:**

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW beschließt der Hauptausschuss einstimmig:

- 1. Die Entscheidungen der Kommunalaufsicht vom 21.04.2011 und 12.05.2011 werden zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die in der Vorlage im Einzelnen aufgeführten konkret anstehenden Investitionen 2011 werden durchgeführt.**

Dieser Beschluss ist dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

6. Bürgerhaushalt

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Grüttemeier bringt zu diesem Tagesordnungspunkt sein massives Misstrauen in die Verwaltung und den Kämmerer zum Ausdruck. Mit Nachdruck erläutert er die Notwendigkeit, den TOP heute auf die Tagesordnung zu setzen und geht detailliert auf die Begründung seiner Eingabe vom 08.06.2011 ein.

Als Fazit seiner Ausführungen stellt er fest, dass der Kämmerer den Beschluss aus Dezember 2010 weder inhaltlich noch zeitlich umgesetzt habe und hierdurch das Projekt "Bürgerhaushalt" zum "Scheitern" verurteile. Seinerzeit sei der Rat der Argumentation des Kämmerers im Hinblick auf den zu betreiben erheblichen Arbeitsaufwand für das Instrument Bürgerhaushalt gefolgt. Die nunmehr vorliegende Internetpräsentation stelle für ihn jedoch lediglich eine Umwandlung vorhandener Word- und Excel-Daten in PDF-Dokumente und ein für den Bürger unübersichtliches und ihn überforderndes 1.300 Seiten umfassendes Werk dar. Er bittet den Kämmerer eindringlich, Ratsbeschlüsse vor einer Presseausgabe zu lesen. In Abstimmung mit seinem SPD-Fraktionskollegen Wolf beantragt er, den Beschluss vom 07.12.2010 zu erneut aufzugreifen und die darin vorgegebenen Zeitabläufe unter 1) und 2) bis 31.08.2011 anzupassen. Bloße Verweise des Kämmerers zum Bürgerhaushalt auf die Erfahrungen anderer Städte abzustellen, hätten mit einem Bürgerhaushalt rein gar nichts zutun. Mit diesen Unterlagen werde es keinen einzigen Vorschlag aus der Bürgerschaft geben.

Der Kämmerer Dr. Zimdars verwahrt sich gegen die Vorwürfe von Herrn Dr. Grüttemeier. Das Vorwort enthalte sehr wohl einen detaillierten Überblick über die Finanzsituation und deren Entwicklung inklusiv grafischer Darstellung. Die Listen der freiwilligen Ausgaben, als der am meisten zu beeinflussenden und politisch vielleicht relevantesten Teile des Haushalts, seien dargestellt. Über das ausführliche Inhaltsverzeichnis könne man zu den einzelnen Produkten und Investitionen finden. Darüber hinaus seien alle wichtigen Fragen zur Thematik erläutert, was auch daran zu erkennen sei, dass in der Kürze der Zeit bereits fünf Vorschläge aus der Bürgerschaft eingegangen seien.

Für die SPD-Fraktion kann deren Vorsitzender Wolf nicht erkennen, an welcher Stelle die Erfahrungen anderer Städte in das Werk des Kämmerers eingeflossen seien. Sicherlich müsse dem Bürger bei diesem großen Projekt ein Minimum an Arbeitsleistung zugemutet werden. Unglücklich sei für ihn in diesem Zusammenhang jedoch, dass man direkt bei Punkt 1 auf 1.300 Seiten stieße. Er unterstütze den von seinem Kollegen Dr. Grüttemeier vorgetragenen Antrag ausdrücklich. Darüber hinaus

fehle der Hinweis, dass das umfangreiche Werk in Papierform ausläge, auf Wunsch bei der Verwaltung eingesehen und Eingaben nicht nur per E-Mail sondern auch schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können. Seine Fraktion trage eine stärkere Einbeziehung der Bürger ausdrücklich mit und fordere den Kämmerer eindringlich auf, die aufgezeigten Spielräume im Sinne von mehr Transparenz und Beteiligung aufzugreifen.

Dr. Zimdars führt aus, dass die Erfahrungen anderer Städte wesentlicher Inhalt seiner Vorlage aus Dezember 2010 seien und der Hinweis auf die Einsichtsmöglichkeiten in den Haushalt bei der Verwaltung in Papierform sei in der Pressemitteilung erfolgt. Obwohl nicht jeder Bürger über Internet verfüge, sei dies die bürgerfreundlichste und effektivste Form. Andere Städte hatten die Erfahrung gemacht, dass die Auslegung / Verteilung von Flyern, Versammlungen ineffektiv gewesen sei.

Außerdem sehe er die kontinuierliche Unterrichtung des Rates über die Eingaben aus der Bürgerschaft als Daueraufgabe an. So habe er bereits für die Juli-Sitzung von HA und Rat hierzu eine Verwaltungsvorlage vorgesehen; zu den bereits eingegangenen Vorschlägen, ebenso in den folgenden Sitzungen. Eine Fristsetzung bis zum 30.06. sollte es nicht geben. Die heute von der Politik vorgebrachte Argumentation habe er schon erwartet. Der Bürgerhaushalt stelle bekanntermaßen eine freiwillige Aufgabe dar, für welche die Kommunalaufsicht aufgrund der drohenden Überschuldung Stolbergs eigentlich keinerlei Mittel freigeben dürfe. Vor diesem Hintergrund und der erheblichen Belastung der vorhandenen Personalkapazität in der Kämmererei bitte er darum, seinem vorgeschlagenen Fahrplan als "Sparversion" zu folgen. Es könne nicht sein, erst einen Bürgerhaushalt als kostengünstige Internetversion einzuführen und anschließend von der Verwaltung nach Salamtaktik immer weitere Darstellungen und Arbeiten zu verlangen. Für eine Weiterentwicklung habe der Rat selbst den Zeitpunkt Anfang 2012 beschlossen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Wahlen, CDU, erklärt Herr Dr. Zimdars, dass der Bürgerhaushalt in der Kämmererei in Papierform vorläge.

Für die CDU-Fraktion beklagt RM Emonds, dass der Kämmerer eine komplett andere Wahrnehmung habe. Damit der Bürger sich überhaupt mit dem Haushalt beschäftigen könne, müsse er zunächst von der Verwaltung gut zu verstehende Einblicke erhalten. RM Simmelink-Weinstein, SPD, kann keine Schwierigkeiten erkennen, die einleitende Gliederung zu ändern.

Aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit bei der RWTH und der kontinuierlichen Zusammenarbeit mit Studenten und deren unbedarftem Ideenpotential regt Ratsfrau Zakowski, SPD, die Hinzuziehung von Auszubildenden im Hinblick auf die einfache und verständliche Darstellung "Fachfremder" an.

Ratsfrau Nießen, SPD, bittet, aufgrund der vorgetragenen Diskussionsbeiträge die Abfolge der Präsentation dahingehend zu ändern, dass der freiwillige Bereich, die Investitionen und die vorläufige Bilanz an den Anfang gestellt werden. Weiter bittet sie den Kämmerer, die zeitliche Streckung als Signal zu nutzen, das Machbare umzusetzen.

I. Beig. Dr. Zimdars bedankt sich für die vorgebrachten Vorschläge/Anregungen und sichert die Überarbeitung der Einleitung, die Herausstellung der Schwerpunkte des Haushalts, eine detaillierte Führung durch das Papier sowie eine weitere Erläuterung in der Presse zu. Er regt in diesem Zusammenhang ein Forum der Fraktionen an, in dem diese ihre jeweiligen Haltungen zu finanzpolitischen Problemen darstellen können.

Für die FDP-Fraktion stellt RM Conrads seine Erwartung heraus, dass die Verwaltung

nach Einräumung der Zeitverschiebung in 2 Monaten eine einfachere Darstellung erarbeitet.

Für die CDU-Fraktion erinnert RM Siebertz an die Einführung von NKF, was seinerzeit auch für die Ratsvertreter ein neues und schwer zugängliches Unterfangen gewesen sei. Vor diesem Hintergrund könne man von dem Bürger bei der für ihn neuen und komplexen Materie ohne benutzerfreundliche Internetdarstellung der wesentlichen Begriffe keine zielführenden Vorschläge erwarten. Er regt die schnellstmögliche Installation von FAQs an.

Zum Abschluss der Erörterung bringt der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier aufgrund der vorgetragenen Anstöße sein vollständiges Vertrauen in den Kämmerer dahingehend zum Ausdruck, dass dieser die vorgetragenen Anregungen aufgreift, einarbeitet, eine entsprechende Presseerklärung verfasst und dem Rat in der Septembersitzung 2011 umfassend berichtet.

Alsdann steigt BM Gatzweiler in die Beschlussfassung ein:

Beschluss:

In Ergänzung seines Beschlusses vom 07.12.2010 beschließt der Hauptausschuss zum Bürgerhaushalt einstimmig wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Internetvariante des Bürgerhaushalts wie in der Diskussion gefordert und aufgezeigt benutzerfreundlicher sowie die Erfahrungen anderer Städte mit diesem Instrument detaillierter darzustellen und

- 1) bis spätestens Ende 31.08. 2011 eine neue Pressekonferenz zum Projekt und**
 - a) Bekanntgabe der neuen Termine für die Abgabe der Vorschläge.**
- 2) Bis zum 31.08.2011 eingegangene Bürgervorschläge werden in der Sitzung nach den Sommerferien am 20.09.2011 HA bzw. Rat vorgelegt. Sie haben die Möglichkeit, die Verwaltung mit der Berücksichtigung der Bürgervorschläge im Haushalt für 2012 rechtzeitig zu beauftragen.**

7. Eröffnungsbilanz

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Grüttemeier zeigt sich sehr verärgert, dass der Rat über den Runderlass des Innenministers aus Mai 2011 aus der Zeitung erfahren musste. In seinen weiteren Ausführungen geht er detailliert auf seine Eingabe vom 16.06.2011 ein. Vom Kämmerer möchte er konkret wissen, was seit Mai unternommen und weshalb der Rat nicht unterrichtet wurde. Aus seiner Sicht hätte die Notbremse bereits im Mai gezogen werden müssen (entweder Beantragung Fristverlängerung oder Vergabe Prüfung Eröffnungsbilanz). Zum Abschluss seiner Ausführungen stellt er fest, dass sich die Stadt Stolberg entgegen früherer Aussagen des Kämmerers in schlechter Gesellschaft mit wenigen Kommunen, die ebenfalls noch keine Eröffnungsbilanz erstellt hätten, befände. In Abstimmung mit den anderen im Rat vertretenen Fraktionen stellt er folgenden gemeinsamen Antrag:

- “1) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit den zuständigen Aufsichtsbehörden eine Fristverlängerung zur Vorlage der festgestellten Eröffnungsbilanz der Stadt Stolberg bis zum 30.09.2012 abzustimmen.
- 2) Der Kämmerer wird beauftragt, sukzessive und bis spätestens zum 30.09.2011 die Eröffnungsbilanz mit den vollständigen prüffähigen Unterlagen dem Amt für Prüfung und Beratung vorzulegen.

- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, zu gewährleisten, dass die Prüfung der Eröffnungsbilanz durch das Amt für Prüfung und Beratung und die überörtliche Prüfung durch die GPA NRW bis zum 31.07.2012 durchgeführt werden.
- 4) Die Prüfung und Feststellung der Eröffnungsbilanz erfolgt durch die zuständigen politischen Gremien bis zum 30.09.2012. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Sitzungstermine, ggf. mit den Ausschussvorsitzenden abgestimmt, festzulegen und zu gewährleisten, dass die erforderlichen Beratungsvorlagen Anfang August 2012 versandt werden.
- 5) Die Verwaltung wird beauftragt, den Rechnungsprüfungsausschuss in jeder Sitzung bis zum 30.09.2012 in einer schriftlichen Vorlage über den aktuellen Sachstand zum Thema "Eröffnungsbilanz" zu unterrichten.
- 6) Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einhaltung der oben genannten Fristen zu überwachen und bei jeder absehbaren Verzögerung unverzüglich den Hauptausschuss und Rat zu unterrichten."

I. Beig. Dr. Zimdars ruft die Aussagen seiner Ratsvorlage vom 15.03.11 zur Thematik in Erinnerung. Die Angabe, dass die Kämmererei alle fertigen Bestandteile der Eröffnungsbilanz seit April bis September 2011 sukzessive zur örtlichen Prüfung an das hiesige APB weiterleite, habe weiterhin Bestand. Die Arbeiten würden von A 20 bis 30.09.2011 abgeschlossen, so dass dem APB dann alle Unterlagen zur Prüfung vorlägen. Die Sachlage habe am 15.03. im Rat und am 18.05.2011 im Rechnungsprüfungsausschuss Konsens gefunden.

Im Hinblick auf den Runderlass des Innenministers aus Mai 2011 (Nachrichtlich: wurde den Fraktionen mit der Ratspost am 27.06.2011 übermittelt) informiert er die Ausschussvertreter, dass die Kommunen mit fertiger Eröffnungsbilanz bereits in den Jahren 2005/6 mit NKF begonnen und für die Bilanzerstellung viele Jahre Zeit gehabt - und sich auch genommen - hätten. Die erste formale Frist sei von keiner einzigen Kommune eingehalten worden. Danach habe es immer wieder Verlängerungen gegeben. Darüber hinaus habe die kommunale Eröffnungsbilanz eine andere Funktion als in gewerblichen Betrieben, nämlich keine Besteuerungsgrundlage sondern nur Informationsfunktion. Aufgrund der drohenden Überschuldung Stolbergs habe er seit Jahren vorgeschlagen, die Eröffnungsbilanz intern zu bearbeiten und nicht extern zu vergeben. Dem seien Kommunalaufsicht und Rat auch immer gefolgt, zuletzt im März diesen Jahres. Die Vorteile seien die geringeren Kosten und vor allem die Einarbeitung der Mitarbeiter in die umfangreiche Materie für die Folgejahre. Der Nachteil sei eine längere Bearbeitungszeit. Dies sei dem Rat seit Jahren bekannt gewesen und sei im März auch so bestätigt worden. Damals sei der offizielle Fertigstellungstermin für die Eröffnungsbilanz am 31.12.2010 bereits deutlich überschritten gewesen. Mit Schreiben von Mai diesen Jahres werde der Termin um ein weiteres Jahr verlängert. Allerdings mit dem Zusatz, dass man weitere Überschreitungen nicht mehr akzeptieren werde. Dies erscheine vor dem Hintergrund des Ministerbriefes von Anfang des Jahres, wonach er Anfang 2012 noch einmal nach dem Stand fragen werde, unverständlich und unangemessen.

Herr Esser, A 20/21, ergänzt die Ausführungen des Kämmerers mit der Information, dass die Gemeindeprüfungsanstalt NRW nach einem Telefonat vom Vortag wenig Verständnis für den Runderlass und die Unterdrucksetzung der Kommunen habe. Darüber hinaus lägen nach seinen Recherchen in der StädteRegion für folgende Kommunen keine durch den Rat festgestellten Eröffnungsbilanzen vor: StädteRegion Aachen, Stadt Aachen, Herzogenrath, Würselen, Monschau und Stolberg. Bisher hätten dies nur die Städte geschafft, die schon seit 2005/2006 mit NKF produktiv seien.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf teilt die mit ihm inhaltlich abgestimmten Aussagen

seines Kollegen Dr. Grüttemeier ausdrücklich. Auch er zeigt wenig Verständnis dafür, dass die Erstellung einer prüffähigen Bilanz in Stolberg so viel Zeit in Anspruch nehme. Diese Tatsache sei von der Politik in der Vergangenheit immer wieder thematisiert worden. Die hierzu von der Verwaltung abgegebenen Erläuterungen seien für ihn bis heute nicht schlüssig; die aufgezeigten Unwägbarkeiten habe er zur Kenntnis genommen. Zum jetzigen Zeitpunkt gelte es aber für den Rat, einen Zeitrahmen anzuordnen. An diesem werde seine Fraktion festhalten.

Ratsfrau Nießen, SPD, ergänzt die Ausführungen ihres Fraktionskollegen mit dem Kompromissvorschlag, dass der Rat bei festgestellten Nachbesserungsforderungen durch die Gemeindeprüfungsanstalt, unter Umständen über eine zeitliche Anpassung zeitnah in 2012 beraten müsse. Diesem Vorschlag schließt sich der Hauptausschuss einmütig an.

Auf Nachfrage erklärt der Leiter des APB, Herr Glantschnig, dass er bei einer Aufstellung und Bestätigung der Eröffnungsbilanz mit ihren Anlagen zum 30.09.2011 davon ausgehe, die Eröffnungsbilanz bis 31.07.2012 prüfen zu können. Hierfür übernehme er aber keine Gewähr, wenn die Qualität der eingereichten Unterlagen nicht geeignet seien. In der laufenden Bearbeitung sei zwischen den Abteilungen 14 und 20/21 sichergestellt, dass unterschiedliche Auffassungen bei Bilanzposten direkt besprochen und bei Notwendigkeit durch 20 nachgebessert würden.

Alsdann steigt BM Gatzweiler in die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag, ergänzt um den vorgetragenen Kompromissvorschlag (Zeitverschiebung bei geforderter Nachbesserungen durch GPA), ein:

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig wie folgt:

- 1) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit den zuständigen Aufsichtsbehörden eine Fristverlängerung zur Vorlage der festgestellten Eröffnungsbilanz der Stadt Stolberg bis zum 30.09.2012 abzustimmen.**
- 2) Der Kämmerer wird beauftragt, sukzessive und bis spätestens zum 30.09.2011 die Eröffnungsbilanz mit den vollständigen prüffähigen Unterlagen dem Amt für Prüfung und Beratung vorzulegen.**
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, zu gewährleisten, dass die Prüfung der Eröffnungsbilanz durch das Amt für Prüfung und Beratung und die überörtliche Prüfung durch die GPA NRW bis zum 31.07.2012 durchgeführt werden.
Sofern durch die GPA NRW Nachbesserungen als erforderlich angesehen werden, ist der Rat hierüber zu informieren. U.U. muss dann zeitnah über einen geänderten Ablauf entschieden werden.**
- 4) Die Prüfung und Feststellung der Eröffnungsbilanz erfolgt durch die zuständigen politischen Gremien bis zum 30.09.2012. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Sitzungstermine, ggf. mit den Ausschussvorsitzenden abgestimmt, festzulegen und zu gewährleisten, dass die erforderlichen Beratungsvorlagen Anfang August 2012 versandt werden.**
- 5) Die Verwaltung wird beauftragt, den Rechnungsprüfungsausschuss in jeder Sitzung bis zum 30.09.2012 in einer schriftlichen Vorlage über den aktuellen Sachstand zum Thema "Eröffnungsbilanz" zu unterrichten.**
- 6) Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einhaltung der oben genannten Fristen zu überwachen und bei jeder absehbaren Verzögerung unverzüglich den Hauptausschuss und Rat zu unterrichten.**

8. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

8.1 BM Gatzweiler informiert den Hauptausschuss, dass die Presseberichterstattung zur Facebook-Party in Stolberg inhaltlich falsch seien. Die Veranstaltung werde unter der Federführung und Aufsicht der Schützenbruderschaft durchgeführt

8.2 BM Gatzweiler schlägt den Ausschussmitgliedern vor, die Sitzung am 12.07.2011 ausfallen zu lassen. Die bisher vorliegenden Tagesordnungspunkte könnten ausnahmslos in der Sitzung am 19.07.2011 beraten werden.

Hiermit erklären sich die Ausschussvertreter einverstanden.

8.3 BM Gatzweiler erinnert die Fraktionen nochmals an die Feierlichkeiten anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft Stolberg - Valognes vom 14. bis 16.10.2011 in Valognes. Hierzu hätten sich leider erst ganz wenige Ratsvertreter bei Herrn Wahlen, 4/10, angemeldet.

Er bittet, dies nochmals in den Fraktionen zu kommunizieren.

8.4 Ratsfrau Nießen, SPD, bittet Herrn Kistermann um Ausbesserung des unfallträchtigen Straßenbelages (Schlagloch) Eisenbahnstraße / Mühlener Ring.

Nachträgliche Mitteilung der Verwaltung:

Der Schaden wurde seitens der Stadt wiederholt an den zuständigen Landesbetrieb Straßenbau gemeldet.

8.5 RM Siebertz, CDU, bittet um Überprüfung des Straßenbelages in der Nikolausstraße vom Bahnübergang Eisenbahnstraße kommend Richtung ALDI.

Nachträgliche Mitteilung der Verwaltung:

Das Technische Betriebsamt wird den Zustand des Straßenbelages prüfen und ggf. Reparaturmaßnahmen durchführen.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Herr Bürgermeister Gatzweiler die Sitzung um 20.45 Uhr.

Ferdi Gatzweiler
Bürgermeister

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Die Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

- Anlage 1) Anwesenheitsliste
- Anlage 2) Pressebericht zu TOP A) 3.

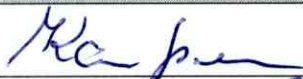





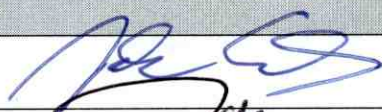
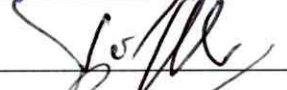


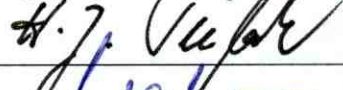

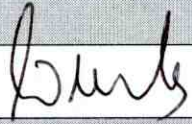
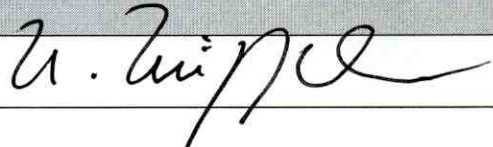
Anlage 1zur Niederschrift über die Sitzung des **Hauptausschusses** der Stadt Stolberg (Rhld.)Sitzungskennziffer XVI / **23**

Tag der Sitzung: Dienstag, 21.06.2011

Ort der Sitzung: Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung von **18.00 Uhr** bis **20.45 Uhr**

Unterbrechung der Sitzung von — bis —

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
SPD		
	Kaußen, Paul-Heinz	
	Kleinlein, Hans	
1. stv. Vorsitzende	Nießen, Hildegard	
	Simmelink-Weinstein, Hartmut	
	Wolf, Dieter	
	Zakowski, Hanne	
CDU		
	Emonds, Jochen	
	Grüttemeier, Tim	
	Kirch, Paul Matthias	
	Pietz, Siegfried	
	Siebertz, Hans-Josef	
2. stv. Vorsitzende	Wahlen, Karina	
FDP		
	Conrads, Axel	
B'90/Grüne		
	Küpper, Uschi	

Die LINKE		
	Jilk, Anita	<i>Zus</i>
	Nur beratend!	
	Emonds, Hans	<i>H. Emonds</i>
	Kunkel, Willibert	<i>W. Kunkel</i>
Bürgermeister		
	Gatzweiler, Ferdi	<i>F. Gatzweiler</i>

Es fehlen entschuldigt oder unentschuldigt:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	Mathias Prußeit	4	
2		5	
3		6	

Sonstige Teilnehmer:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		3	
2		4	

Teilnehmer der Verwaltung:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	<i>Mausen I.1</i>	7	<i>78-75 4/10</i>
2	<i>Kista FB2</i>	8	<i>4/10</i>
3	<i>Kilian II</i>	9	<i>Günz II/23</i>
4	<i>Law II/20</i>	10	<i>I/14</i>
5	<i>A. Podhuck FB1</i>	11	<i>guz. Nolte 1/30</i>
6		12	

Anlage 2)

Grüne und CDU kritisieren Verwaltung wegen Photovoltaik-Vorlage

(-jül-) | 20.06.2011, 17:25

Stolberg. Nicht einfach nur lethargisch die Schwierigkeiten zur Kenntnis nehmen, die die Verwaltung bei der Vermarktung städtischer Dachflächen für Photovoltaikanlagen ins Feld führt, wollen Bündnisgrüne und CDU.

Die beiden Fraktionen sparten im Vorfeld der Sitzung des Hauptausschusses nicht mit Kritik an der Vorlage des Liegenschaftsdezernenten. Die «ist absolut unzureichend», wettete Uschi Küpper: «Seit dem Beschluss vom 31. August hat die Verwaltung es geschafft, vier Objekte an der Solarbörse einzustellen, eins davon mit einer Flächenangabe von 0 m², also mit einer Fehlerquote von 25 Prozent», sagte die Fraktionsvorsitzende der Grünen. Wie sich daraus die von der Verwaltung vorgegebene «Zeit- und Arbeitskraft raubende Kleinarbeit» ableiten lasse, erschließe sich dem Betrachter der Solardachbörse wohl kaum.

Immerhin bestünden die Einträge lediglich aus drei Teilen: den Kontaktdaten des Erfassers, die technischen Daten über Dachfläche, -ausrichtung, -neigung, -beschaffenheit und Verschattung sowie allgemeine Angaben zu Eigentumsverhältnisse, Adresse, etc.

Als «vollkommen unzureichend», würdigte ebenso Oppositionsführer Tim Grüttemeier den Arbeitseinsatz der Verwaltung. Die erwecke den Eindruck, den Beschluss des Rates mit wenig Enthusiasmus umzusetzen, erklärte der Vorsitzende der CDU-Fraktion. Die hatte bereits bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr ein Gesamtkonzept der Verwaltung zum Einstieg in eine lokale, regenerative Energiepolitik gefordert. Die rechtlichen Bedenken der Verwaltung seien durch die Verwendung des Mustervertrages des Städte- und Gemeindebundes hinfällig. Grüttemeier kündigte an, die Forderung der Grünen nach einem aktiven Handeln zu unterstützen.

Alternativ zur Kenntnisnahme der Bedenken der Verwaltung wollen die Grünen heute der Verwaltung eine Frist von vier Wochen setzen, innerhalb der alle geeigneten städtischen Dächer und Flächen in die Solardachbörse einzustellen sind. Als «nicht geeignet» sollen dabei nur solche Flächen gelten, die offensichtlich verschattet sind bzw. dringend reparaturbedürftige Dächer. Außerdem soll die Verwaltung die Eintragungen in die Solardachbörse detaillierter als bisher gestalten, und Vereinbarungen nur auf Basis des Mustervertrages abschließen. Der stelle sicher, dass der Pächter für alle im Zusammenhang mit Bau und Betrieb der Photovoltaikanlage entstehenden Schäden haften, zu einer Sicherheitsleistung verpflichtet sei und eine Haftpflichtversicherung abschließen müsse. «Damit sind die von der Verwaltung geäußerten Bedenken und die daraus gezogenen Schlüsse absolut unbegründet», so Küpper.

www.az-web.de/sixcms/detail.php?template=az_detail&id=1719771